

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbestellung ohne Postgebühren monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Schriftband 5,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Inserate kosten die achteigste Nonparillzeile oder deren Raum 1,20 M., Werbenachfragen das festgesetzte Wort 50 Pfg., jedes weitere Wort 25 Pfg. Kurzwortzusatz 50 Pfg. Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die ersten Friedenswirkungen.

Vor der Aufhebung der Blockade.

London, 11. Juli.
Das Reutersche Bureau erfährt amtlich, daß die Blockade gegen Deutschland in dem Augenblick aufgehoben werden wird, in dem die Urkunden, die die Ratifikation des Friedensvertrages bestätigen, den alliierten und assoziierten Mächten in Paris formell zugegangen sind. Die Aufhebung der Blockade gegen Deutschland hat keinen Zusammenhang mit dem Abschluß von Friedensverträgen mit den anderen kriegsführenden Mächten. Die Aufhebung der Blockade wird notwendig zur Folge haben, daß auch die Handelsbeschränkungen aufgehoben werden.

Haag, 11. Juli.
Heute geht eine Erklärung der niederländischen Regierung an die assoziierten Mächte ab, in der sie sich damit einverstanden erklärt, daß die holländischen Abmachungen mit den assoziierten Mächten bei der Aufhebung der Blockade automatisch außer Kraft treten.

Der Friede.

Offizielle Mitteilung von der Ratifikation.
Berlin, 11. Juli.
Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Genève, Legationsrat Freiherr v. Bernner übermittelte dem Ministerpräsidenten Clemenceau am 10. Juli normidtags folgende Note:

„Zuerst ersellens beehre ich mich im Auftrage der deutschen Regierung mitzuteilen, daß der deutsche Reichspräsident die Ratifikationsurkunde zu dem am 28. Juni d. J. unterzeichneten Friedensvertrag, dem dazu gehörenden Dekretolle und der am gleichen Tage unterzeichneten Vereinbarung über die militärische Besetzung der Rheinlande nach erfolgter Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften des Reichs am 9. Juli vollzogen hat. Die Ratifikationsurkunde ist mit besonderem Eifer nach Versailles abgegangen und wird von mir nach ihrem Eintreffen alsbald unterzeichnet werden.“

Die deutsche Regierung sieht nunmehr einer Mitteilung über die Aufhebung der von den alliierten und assoziierten Mächten gegen Deutschland verfügten Blockademaßnahmen entgegen. Sie gibt sich ferner der Erwartung hin, daß nunmehr auch die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen unverzüglich in die Wege geleitet wird, und bittet, ihr auch hierüber baldmöglichst eine Nachricht zugehen lassen zu wollen.“

Die Ueberreichung des österreichischen Vertrages.

Versailles, 11. Juli.
Die Ueberreichung des Friedensvertrages an die österreichische Delegation hat sich wiederum verzögert. Sie kann frühestens am kommenden Mittwoch erfolgen.

St. Germain-en-Laye, 10. Juli.

Staatskanzler Renner ließ dem Ministerpräsidenten Clemenceau eine Note überreichen, in der gegen die Bestimmung des deutsch-österreichischen Wohngebietes durch die Friedensbedingungen Einspruch erhoben wird. Weiter wendet sich die Note dagegen, daß nach den Friedensbedingungen der Schiffspack der österreichischen Schiffahrtsgesellschaften und ihre Anlagen aufgehoben und gegen Entschädigung abgelöst werden sollen. Dies bedeute praktisch eine Vereinzeltung des Donauverkehrs, was schädlich die Entziehung eines der wenigen Mittel Deutschlands, sich Nahrungsmittel und Rohstoffe zu beschaffen.

Verhandlungen mit den Bulgaren.

Versailles, 11. Juli.
Die alliierten und assoziierten Regierungen haben die bulgarische Regierung aufgefordert, zum 25. Juli eine Friedensdelegation nach England, les Bains zu entsenden.

Der Proteststreik in Frankreich.

Am 21. Juli fahren keine Züge.
Rotterdam, 11. Juli.
Nach dem „Daily Telegraph“ werden am 21. Juli in ganz Frankreich, Elsass-Lothringen, Tunis und Algier keine Züge fahren. Auch die Post- und Telegraphenangehörigen werden streiken und wollen damit ablehnen, was die Touristen und Reiseveranstalter...

... Ferner werden die Bauarbeiter, Metallarbeiter, Gasarbeiter und Bergarbeiter am Streik teilnehmen.

Paris, 11. Juli. (Sabas.)

Der Minister der Öffentlichen Arbeiten hat dem Ministerrat den Text eines Aufrufs an die Eisenbahner vorgelegt, die dem Streik am 21. Juli zustimmen. Diejenigen Angehörigen der gegenwärtig unter den Fährten stehenden Klassen, die ihren Posten verlassen haben, werden den Militärbehörden zur Verfügung gestellt, die sie zu ihren Truppen juristisch werden, oder sie werden disziplinarisch bestraft. Die Angehörigen demobilisierter Klassen können von dem Kriegsgericht gestraft werden.

Generalkrieg der Pariser Gastwirtschaften.

Versailles, 11. Juli.
Die Kellner und die Angestellten der Pariser Kaffee-, Gasthäuser und Wirtschaften haben den Generalkrieg beschlossen, der von heute ab in Kraft tritt. Sie verlangen unter anderem den Achtstundentag.

Hafenarbeiterstreik in Finnland.

Helsingfors, 11. Juli.
In Helsingfors ist ein Ausstand der Hafenarbeiter ausgebrochen und droht sich auf Abo und andere Hafenstädte auszudehnen. Die Arbeiter fordern den Achtstundentag und Lohnerhöhung.

Zölle in England.

Amsterdam, 10. Juli.
Bei Beratung des Finanzgesetzes im englischen Unterhaus schlug Chamberlain einen Zusatz vor, der das Recht gibt, die Reichsvorzugszölle auf jedes Gebiet auszubehnen, in dem ein Teil des britischen Reiches Mandatar des Völkerbundes wird, vorausgesetzt, daß die Bestimmungen des Mandats diese Ausdehnung gestatten. Der Zusatz wurde mit 166 gegen 68 Stimmen angenommen. Die Vorlage über die Reichsvorzugszölle wurde mit 271 gegen 62 Stimmen angenommen.

Aufhebung des königlichen Bluturteils.

König, 11. Juli.
Das Gericht der 69. Infanterie-Brigade hatte am 9. Mai dieses Jahres acht Soldaten des 179. Infanterie-Regiments zum Tode und 41 weitere Angehörige dieses Regiments zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt. Das Urteil wurde seinerzeit aufgehoben. Gestern fand vor dem gleichen Gericht eine abermalige Verhandlung statt. Der Soldat Utecht wurde wegen Aufstehung, Meuterei und zweifachen Ungehorsams zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Von den übrigen 48 Angeklagten wurde eine große Anzahl freigesprochen, andere zu kurzen Gefängnisstrafen verurteilt. Bis auf Utecht wurden alle Angeklagten sofort auf freien Fuß gesetzt.

Die bei der zweiten Verhandlung gefällten Urteile mit, wie unangehörlich die zuerst gefällten Urteile, durch deren Veröffentlichung wir seinerzeit die Aufmerksamkeit auf diesen Fall gerichtet hatten, unklarlich berichtete der „Vorwärts“ damals, um auf unserer Meinung abzuschwächen, die acht zum schwersten Soldaten hätten die übrigen 42 zu einem Stand gegen die Offiziere verleitet und seien auf Grund des Meutereiparagrafen des Militärstrafgesetzbuches als Rädelsführer verurteilt worden. Wir stellen später auf Grund der uns zugegangenen Berichte fest, daß von einem Ausstand keine Rede sein könne und daß die Angeklagten völlig zu Unrecht beschuldigt und verurteilt worden waren. Das jetzt gefällte Urteil zeigt, daß unsere Feststellungen durchaus zutreffend waren.

Die „Preisfreiheit“ in Hannover.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.
Hannover, 11. Juli.
Die Schutzhaft über den Klassenpartei ist aufgehoben worden, jedoch wurde ein Verbot wegen angeblichen Landfriedensbruchs erlassen. Das „Vollrecht“ erscheint wieder, aber unter Korrektur.

Die Wahrheit über die Eisenbahnerstreiks.

Von Heinrich Bertel.

Obmann des Zentralrates der Eisenbahner- Arbeiter-Räte.

Eine vollständig neue Erscheinung auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit bilden die in den letzten Monaten an verschiedenen Stellen des Reiches zum Ausbruch gekommenen Eisenbahnerstreiks. Diese Streiks, die bis jetzt nur als Lokalkaktionen in Erscheinung traten, lassen erkennen, daß eine tiefgehende, innere Bewegung unter den Eisenbahnern, Arbeitern wie Beamten, vorhanden sein muß. Bei der ungeheuren Bedeutung, die der Eisenbahn für unser gesamtes Wirtschaftsleben zukommt, ist es natürlich, daß dieser Bewegung von allen Seiten, nicht nur von Seiten der Regierung, erhöhte Aufmerksamkeit entgegengebracht wird.

Denn von allen wirtschaftlichen Kämpfen, die geführt werden, rufen gerade die Eisenbahnerstreiks die schwersten Erschütterungen unserer Volkswirtschaft hervor.

Was liegt näher als die Frage, wie können die Eisenbahnerstreiks verhindert oder unterdrückt werden? Es wäre aber die Lösung dieser Frage nur ein müßiges Beginnen, wollte man die Hauptfrage, was sind die Ursachen der Streikbewegung unter den Eisenbahnern, außer acht lassen. Eine Krankheit läßt sich nicht heilen, indem man ihre Erscheinungen zu behandeln sucht, die Ursache muß ergründet und beseitigt werden.

Man ist allzu leicht geneigt, die Ursachen des Eisenbahnerstreiks auf mangelndes Blick- und Verantwortungsgefühl der Eisenbahner gegenüber der Allgemeinheit zurückzuführen. Auch wird der Vorwurf gegen die Eisenbahner erhoben, daß sie sich nur von materiellen Gesichtspunkten leiten lassen und Konjunkturpolitik treiben.

Set man es doch schon fertig gebracht, die Eisenbahner als Revolutionsgewinnler zu bezeichnen. Daß die materielle Seite bei der Bewegung der Eisenbahner zunächst in den Vordergrund trat, ist nur allzu sehr begreiflich. Gehörten doch die Eisenbahner vor und während des Krieges zu den am schlechtesten entlohnerten Gruppen aller Berufs- und Erwerbszweige. Das Streben der Eisenbahner nach Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse war und ist nach Lage der Sache vollaus berechtigt.

Auch die Forderungen der Eisenbahner, die in letzter Zeit von Arbeitern und Beamten gestellt wurden, sind nicht als übertrieben und unberechtigt zu bezeichnen. Neuerdings treten sogar die materiellen Forderungen immer mehr in den Hintergrund. Abba der Preise für alle Artikel der Lebenshaltung, Mitbestimmungsrecht, Demokratisierung der Verwaltung und Betriebe, ist der Wunschzettel der Eisenbahner.

Die beiden letzten Forderungen gipfeln in der Einführung des Räte-systems auf Grund der Richtlinien des Deutschen Eisenbahner-Verbandes und des Zentralrates der Eisenbahn-Arbeiter-Räte. Diese Richtlinien sehen die Bildung von Betriebsräten bei den Leitern, Beauftragten bei den Direktionen und eines Zentralrates bei dem Ministerium vor. Durch diese Einrichtungen soll den Arbeitern und Beamten ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht in allen Betriebs- und Verwaltungsangelegenheiten, soweit dieselben sich aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis sowie dem Produktionsprozeß ergeben, gewährleistet werden. Eine vollständige Erneuerung unseres gesamten Verwaltungsapparates, nicht von oben, sondern von unten, soll durch die Einführung des Räte-systems bewirkt werden.

Die Arbeiter und Beamten wollen nicht nur Objekt, sondern Subjekt sein. Allen diesen Forderungen gegenüber nahm die Regierung bis heute eine durch nichts gerechtfertigte ablehnende Haltung ein. Wohl hat die Regierung angekündigt, einen Preisabbau vorzunehmen und zu diesem Zweck 1 1/2 Milliarden aufzuwenden. Dieser Preisabbau wurde von der Regierung den Vertretern der Eisenbahner bzw. den Organisationen schon bei den Verhandlungen im Mai zugesagt, aber erst jetzt, unter dem Druck der nun eingetretenen Ereignisse, sieht sich die Regierung gezwungen, die Einführung ihres Räte-systems zu beschleunigen.

Wesentlich der Forderung auf Einführung des Räte-
systems auf Grund der Richtlinien, wie sie auf der General-
versammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes in
Jena beschlossen wurden, nimmt die Regierung eine
Stellung ein, die jedes Verständnis für den Geist der neuen
Zeit vermissen läßt. Eine Interessensvertretung, wie sie die
Regierung schaffen will auf der Grundlage der Verordnung
vom 23. 12. 1918, ist keineswegs geeignet, die berechtigten
Ansprüche der Eisenbahner auf Mitbestimmungsrecht zu
befriedigen. Die durch die Revolution frei gewordenen
Kräfte drängen auf Entlassung und Mitbestimmung. Es
wäre Pflicht einer weisen, vorausschauenden Regierung,
durch verständnisvolles Entgegenkommen diese Kräfte in der
Entscheidung nicht zu bremsen, sondern diese für das
Allgemeinwohl nutzbar zu machen, um so
Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens zu vermeiden.
Statt dessen verfährt man mit Eifer, diese Kräfte möglichst
einzudämmen und an der Auswirkung zu verhindern. Die
Revolution, die wohl den Sturz der monarchisch-militä-
rischen Regierung herbeiführte, ließ jedoch in der Verwal-
tung den alten verkrüppelten Geheimratsapparat voll-
ständig unberührt. Es ist unübersehbar, daß auch die neue
Regierung dem Einfluß der Geheimräte unterliegt. Jede
freiheitsliebende Bewegung wird im Stiche gelassen und
verdrängt. Dies alles trägt nicht dazu bei, das Vertrauen
der Eisenbahner zu der Regierung zu stärken. Es ist
bedauerlich, wenn der Eisenbahner von dem Koalitionsrecht
Gebrauch macht und zur Selbsthilfe greift.

Der über vier Jahre währende Krieg hatte den
Zusammenbruch unseres gesunden Wirtschaftslebens im
Gefolge. Die kriegslose Wirtschaft trieb nicht nur
Raubbau mit der menschlichen Arbeitskraft, auch die
materiellen Werte, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen usw.
wurden für die vollständig sinnlosen unproduktiven Kriegs-
zwecke in geradem verbrocherlicher Weise verschwendet und
vernichtet. Die Eisenbahner ganz besonders hatten die
Wirkungen dieser unseligen Kriegswirtschaft am eigenen
Leibe zu spüren bekommen. Sie waren nicht in der Lage,
zur Verbesserung ihrer fiestraurigen Lohn- und Arbeits-
verhältnisse etwas zu unternehmen. Die Fesseln des
reaktionären Systems der Eisenbahnerverwaltung machten
jeden Versuch einer freien Aktion unmöglich. Nun die
Eisenbahner sich eine mächtige Organisation geschaffen und
durch die Revolution die Koalitionsfreiheit erhalten haben,
ist es nicht zu verwundern, wenn sie von ihrer Freiheit und
Macht Gebrauch machen und ihre Rechte durch das Mittel
des Streiks zu erlangen suchen.

Diese explosiven Ausbrüche eines unterdrückten, nach
Mitbestimmung und Mitbestimmung ringenden Willens,
können vermieden werden, wenn die Regierung es versieht
würde, durch ihre Handlungen sich das Vertrauen der Eisen-
bahner zu erwerben. Verweigerung der Koalitionsfreiheit
durch Streikverbote, Drohungen mit Entlassungen
usw. sind nicht geeignet, das Vertrauen zur Regierung zu
heben. Ebenso trägt es nicht zur Hebung des Vertrauens
bei, wenn ein Abgeordneter und noch dazu ein Demokrat er-
klärt, die Revolution habe den Staatsbeamten und Arbeitern
zu viel Rechte gegeben. Das Streikrecht könne den Staats-
beamten unter keinen Umständen zugesprochen werden und bei
Anstellung und Beförderung dürften den Beamten ein Mit-
bestimmungsrecht nicht eingeräumt werden. Wenn außer-
dem in der Nationalversammlung über die Eisenbahner-
bewegung der Landesparlamentarier und Wahl des Wortes Prä-
sident, Obmann oder Wortführer Stunden- und Tagelang be-
harrt wird, kann das Vertrauen zur Regierung nicht
gestärkt werden.

Die Regierung versucht mit Fleiß, die Eisenbahner-
bewegung als eine rein politische zu stempeln, die als
Endziel den Sturz der Regierung bezweckt. Die Ursachen
der bisherigen Streiks waren rein wirtschaftlicher
und ideeller Natur. Mit „unabhängig-kommun-
istischer Entschlossenheit“ hat die Eisenbahner-
bewegung nichts zu tun. Wenn die Bewegung poli-
tischen Charakter annehmen sollte, dann nur durch die
Schuld der Regierung selbst. Eine jede Regierung hat
den die Zustände, die sie verdient.

Es ist ersichtlich, wie versucht wird, durch tendenziöse
inoffizielle Brehnberichte die Öffentlichkeit über die wahren
Absicht und Ziele der Eisenbahnerbewegung irre zu führen.
Bislang besonders der Zentralrat der Eisenbahnerarbeiterräte
muß die Freude der Verständigung kübelweise über sich er-
gönnen lassen. Dieser Zentralrat, der von der Eisenbahn-
verwaltung mit breitem Besagen als wilde, selbst von den
Organisationen nicht anerkannte Einrichtung bezeichnet
wird, soll in geheimnisvollen Beziehungen zu der kommuni-
stischen Partei stehen und die Aufgabe haben, durch Ver-
breitung kommunistischer Flugblätter die Weltrevolution zu
fordern. Wirklich eine „wilde“ Einrichtung, die mit allen
erlaubten und unerlaubten Mitteln bekämpft werden muß.
Dieser vielschichtige Zentralrat, der in Wirklichkeit
eine anerkannte Einrichtung des Deutschen
Eisenbahner-Verbandes, der größten Eisen-
bahner-Organisation mit über 400 000 Mitgliedern ist, hat
die Aufgabe, für die Demokratisierung der Verwaltung und
Betriebe durch Einführung des Räteystems zu wirken.

Falls noch bei der Regierung Unklarheit über das Ver-
hältnis zwischen Zentralrat und Organisation herrschen soll,
so wird die nächste Generalversammlung des Deutschen
Eisenbahner-Verbandes, die jedenfalls sehr bald stattfinden
wird, die nötige Klarheit schaffen. Im Interesse der Wieder-
gewinnung unserer Volkswirtschaft wäre es dringend er-
wünscht, daß die Regierung den berechtigten Forderungen
der Eisenbahner volles Verständnis entgegenbringen würde.
Wenn die Regierung nicht versteht, die Zeichen der Zeit zu
deuten, so wird unser Wirtschaftsleben von neuen gewal-
tigen Erschütterungen nicht verschont bleiben. Man rede
nicht davon, daß die Eisenbahner nicht das richtige Verständ-
nis für die Not unserer Volkswirtschaft be-
sitzen. Dieses Verständnis ist bei den Eisenbahnern in
overtypischer Weise vorhanden. Aber kein Verständnis
hat man z. B. dafür, daß seit Auflösung des alten Militarismus
für die Schaffung eines neuen Militarismus 10 Mil-
liarden Mark verausgabt wurden. Wenn man also den
Eisenbahnerstreik wirksam entgegenzutreten oder sie verhin-
dern will, so beseitigt man zunächst die Ur-
sachen, die zu diesen Streiks führen. Durch Gewalt-
maßnahmen und Verleumdungen ist dies Ziel nicht zu
erreichen. Nur verständnisvolles, dem Geist der Zeit Rech-
nung tragendes Entgegenkommen bezüglich der berechtigten
Forderungen der Eisenbahner kann für die Zukunft ein ge-
sundliches Zusammenarbeiten zwischen Verwaltung und Ar-
beitern sowie Beamten gesichert werden.

Rechtssozialistischer Banterott in Sachsen.

Die rechtssozialistische Regierung in Sachsen hat ihren
Banterott angemeldet. Sie war **erstlich** von Anfang an
brüchig und wenn sie nicht schon längst zusammengebrochen
ist, so lag das weniger an der Festigkeit des rechts-
sozialistischen Regierungswesens, sondern lediglich daran,
daß weder die unabhängige Sozialdemokratie noch die
rechtsstehenden Parteien bisher Lust hatten, die Verwaltung
des Chaos, das von den Rechtssozialisten in Sachsen ver-
anstaltet worden ist, zu übernehmen. In der jüngsten Zeit
sind die Schwierigkeiten für die Herren um Gradnauer je-
doch so groß geworden, daß sie sich noch allen Seiten um Hilfe
umsehen. Sie klopfen bei den Demokraten an, die in
Sachsen eine besonders üble Nummer sind, bekamen aber
von dort einen Korb. Es blieb ihnen nichts übrig, als zu
unserer Partei zu kommen. Man kann sich vorstellen, unter
welchen seltsamen Qualen die Kompagnie Gradnauer an die
Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie herangerufen
ist; denn es gibt wohl keinen zweiten Bezirk in ganz Deutsch-
land, in dem der Kampf der Rechtssozialisten gegen unsere
Partei mit mehr Hülfe und Beworbenheit geführt wird,
als in Sachsen. Es wurden Verhandlungen angeknüpft, die
indessen ohne Ergebnis verlaufen sind. Darüber unter-
richtet das folgende Telegramm:

Dresden, 11. Juli.

Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Volkskammer-
fraktion mit der Unabhängigen Fraktion wegen der Neubildung
der sächsischen Regierung sind ergebnislos verlaufen.
Die Unabhängigen stellen für ihre Beteiligung an der Regierung
drei Bedingungen: Parität bei der Besetzung der
Ministerposten, Einführung des Räte-Systems und Bildung
eines Arbeiterrates, also eines gewissen Nebenparlamentes.
Die sozialdemokratische Fraktion glaubte, auf diese Bedingungen
nicht eingehen zu können. Da gegenwärtig auch die
demokratische Fraktion keinen besonderen Wert mehr auf den
Eintritt einiger ihrer Mitglieder in die Regierung legt, wird die
jetzige Rechtssozialistische Regierung vorläufig am Ruder blei-
ben. Im Laufe des August sollen jedoch die Besprechungen
der Parteien behufs Umbildung der Regierung von neuem
aufgenommen werden.

Nur Erklärung dieser Meldung sei die Erklärung des
Kabinetts Gradnauer kurz geschildert. Die Wahlen zur
sächsischen Volkskammer ergaben, wie das in dem stark in-
dustriellen Sachsen nicht anders zu erwarten war, eine be-
trächtliche Mehrheit der Rechtssozialisten und der
Unabhängigen Sozialdemokraten. Nach dem Zusammen-
tritt der Kammer waren beide Fraktionen einig, daß ein
rein sozialistisches Ministerium zu berufen sei. Unsere Partei
stellte eine Reihe Bedingungen, von deren Annahme der
Eintritt in das Ministerium abhängig gemacht wurde. Diese
Bedingungen mußten gestellt werden, weil unsere Genossen
vorher, als die Regierung noch von Volksbeauftragten
geführt wurde, außerordentlich ungünstige Erfahrungen mit
den Rechtssozialisten gemacht hatten. Die Rechtssozialisten
lehnten einige wichtige Bedingungen ab oder änderten sie
durch zweideutige Fassungen fast bis zur Unkenntlichkeit
zu vermindern. Das konnte unsere Partei nicht mitmachen,
die unabhängige Fraktion lehnte einmütig die Beteiligung an
der Regierung ab. Die Rechtssozialisten bildeten nunmehr
allein die Regierung, unsere Fraktion erklärte, daß sie die
Regierung unterstützen wolle, wenn und solange diese eine
wirklich sozialistische Politik mache. Davon war aber wenig
zu merken, die Regierung Gradnauer blieb untätig auf dem
Gebiete der Sozialisierung, sie machte den Bürgerlichen eine
Konzeption nach der anderen, sie trübte ihre arbeitserindliche
Politik durch die Verhängung des Belagerungszustandes über
ganz Sachsen, kurzum, es mußte zu immer schärferen Gegen-
sätzen zwischen den beiden sozialistischen Gruppen kommen.
Die Rechtssozialisten sind durch ihre halboffene Politik in
eine Abwärtskurve gekommen, durch eigene Schuld stehen
sie jetzt vor dem Banterott.

Wie ist ihre Lage jetzt? Entweder sie müssen ihre bis-
herige arbeiterräterische Politik vollständig aufgeben, sie
müssen sich auf ein festes sozialistisches Programm ver-
pflichten, um das Zusammenarbeiten der Unabhängigen So-
zialdemokratie mit ihnen zu ermöglichen, oder aber sie
müssen sich vollends an die bürgerlichen Parteien ver-
kuppeln und die sozialistische Grundfäule gänzlich aufgeben.
Das erste wollen sie nicht, sie haben sich zu weit auf ihren
Irrwegen verlaufen. Das zweite dürfen sie nicht, denn
schon jetzt haben sie einen sehr großen Teil ihrer bisherigen
Anhänger verloren, sie müssen befürchten, daß ihre Partei
auf ein winziges Häuflein zusammenzusinken wird, wenn sie
den Pakt mit den Bürgerlichen abschließen. Die „Leipziger
Volkzeitung“ schrieb vor einigen Tagen, als die Rechts-
sozialisten an unsere Genossen mit dem Ersuchen um Ver-
handlungen herantraten, folgendes:

Es fragt sich nun: Ist eine aus den beiden sozialdemokrati-
schen Parteien gebildete Regierung möglich? Die Frage wäre
an sich nicht zu verneinen. Freilich müßten eine Reihe von Vor-
bedingungen erfüllt sein, die den Reichellen nach allem, was
vorgefallen ist, nicht ganz leicht werden dürften. Die erste Vor-
aussetzung wäre natürlich die sofortige Aufhebung des
Belagerungszustandes und der Schußhaft, sowie eine Amnestie
wegen politischer Vergehen. Ohne das wäre ein Verhandeln
ausgeschlossen und zwecklos. Ferner aber wäre ein helles
Bekenntnis zu einer wirklich sozialistischen Politik im
Sinne des von uns bereits früher zur Bedingung gemachten
Programms nebst einer Reihe weiterer Sicherungen unerläßlich.

Die oben wiedergegebene offiziöse Meinung gibt andere
Bedingungen an, als sie von der „Leipziger Volkzeitung“
genannt worden sind. Unser Parteiblatt hat vorausgesetzt,
daß die Regierung Gradnauer die Bedingungen nicht an-
nehmen würde und sie hat Recht behalten. Was unsere
Partei genossen fordern, das sind nichts anderes als die Vor-
aussetzungen für eine wirklich sozialistische Politik. Aber
die rechtssozialistische Parteiführung in Sachsen will keine
sozialistische Politik treiben. Herr Gradnauer, der Minister-
präsident, hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß er mit
den bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten wolle.

Wenn die Durchsetzung einer wirklich sozialistischen
Politik überhaupt möglich ist, so in Sachsen; hier haben die
beiden sozialistischen Parteien die Mehrheit. Selbst der for-
merste Verfechter der bürgerlichen Scheinsozialisten
Sonne hat dabei nicht über Berleins demokratische Prin-

zipien verfallen. Aber es zeigt sich eben, daß die Rechts-
sozialisten keine sozialistische Politik treiben wollen, daß
sie eher den Untergang an bürgerlichen Mischmachern
als daß sie zu sozialdemokratischen Grundfäulen zurück-
kehren würden. Für Sachsen ist die Situation jetzt so, daß die
Ministerkrise zum Dauergestande wird, wie die „Leipziger
Volkzeitung“ treffend schreibt, der
Unwille des Proletariats seinen Tisch macht und eine
Rechtssozialistische Regierung schafft.

Reifungsversuche.

„... geistig nicht völlig normal.“

Unsere gestrigen Mitteilungen über den Attentats-
versuch des Leutnants v. Simonis gegen Radel haben
überall das größte Aufsehen erregt. In der Mittags-
Abendresse wurde „von zuständiger Stelle“ mitgeteilt, daß
unser Bericht im großen ganzen den Tatsachen
entspricht. Allerdings, hieß es entschuldigend weiter,
gelte der Attentäter in seinem Bekanntenkreis als
„geistig nicht völlig normal“.

Nach dem ersten Eingangsbericht der Wahrheit folgen
indessen sofort die üblichen amtlichen Mitteilungen. Ein
Korrespondent verbreitet eine offenbar von inter-
essierter Seite stammende Darstellung, wonach Leutnant
v. Simonis nicht etwa ein Attentat geplant habe, sondern
lediglich prüfen wollte, — ob die Beamten im Polize-
genauis einer Vernehmung ausdauernd aushalten
können. In diesem Reizungsversuch kann man nur lachen!
Lachen ja die Führer!

Wie dieselbe Korrespondenz mitteilt, dürfte die
Anklage gegen Leutnant v. Simonis auf Mordversuch
versucht die Vernehmung und Ungehorsam lauten.
Damit sucht man vorläufig die öffentliche Meinung zu
beschäftigen; ein Hintergedanke für den „erzenträgen“
an „nervöser Ueberreizung leidenden“ Herrn Leutnant
wäre hierin leicht zu erkennen. Die Hauptform der militä-
rischen Stellen ist augenblicklich auf die Entlassung des
Kamerads kommandierten Oberleutnants (jetzt Hauptmann)
v. Kessel gerichtet. Die „Vol. Parl. Nachr.“ des Herrn
Hofrichter leben sich für Herrn v. Kessel — ebenso wie
den Wörder Kommit — auf das wärmste ein. Sie schreien
aber damit die Tatsache nicht aus der Welt, daß Leutnant
v. Simonis noch seiner Verhaftung Herrn v. Kessel
telefonische Mitteilung zukommen lassen wollte, daß
die Sache nicht geklappt habe. Diese Tatsache
die Zusammenhänge des geplanten Verbrechens auf
denklich auf. Nicht der Regierung ist es nun,
reflektierte Auffklärung des Falles zu sorgen und
die Mordversuche im Strafverfahren festzulegen.
Dabei die Regierung, daß die interessierten mili-
tären Stellen ihre Täuschungsmanöver fortsetzen,
macht sie sich mitschuldig an der Verhängung
verbrecherischen Treibens der hinter
v. Simonis stehenden Offizierskreise.

Emonts und anderes.

Die Staatsanwaltschaft hat bestritten, daß die Ver-
haftung von Emonts mit seiner Verbandstätigkeit in irgend
einem Zusammenhang stehe; sie hat sie vielmehr auf den
ganden Verdacht des Hoch- und Landesverrats zurück-
führen versucht. Demgegenüber sei folgendes festzustellen:
Wegen Hoch- und Landesverrats hat die Staatsan-
waltschaft den Haftbefehl gegen Emonts überhaupt nicht
beantragt, sondern nur wegen Auftrahs (§§ 114,
Str.-G.-B.). Erlassen hat das Amtsgericht den Haftbefehl
über auch nicht einmal wegen Auftrahs, sondern wegen
Geheimbündelei und Aufreizung zu
Klassenhaß (§§ 129-130 Str.-G.-B.). Den wahren
Anlaß zum Haftbefehl haben also gerade die
des Emontsches Briefes gegeben, die seine Tätigkeit
Interesse des Verbandes betreffen. Hiermit steht auch
Einklang der gleichzeitige Verhaftung einer Inhaftnahme
Morg. Daß diese Bestimmungen zu den verurteilten
unseres Strafgesetzbuches gehören, die selbst unter dem
helminischen Regiment jahrzehntelang nicht aus
Paragrafenschnal hervorgeholt worden sind, sei
nebenbei erwähnt. Dazu kommt noch ein anderes,
wichtiges: Die Staatsanwaltschaft steht nach ihrer bestimm-
ten Versicherung mit der Veröffentlichung des Emonts-Briefes
in keiner Verbindung. Da die Papiere, unter denen
Brief gefunden wurde, auf Veranlassung der
Staballee-Schützen-Division beschlagnahmt worden
diese also allein außer der Staatsanwaltschaft im
des Briefes war, so muß demnach die Veröffentlichung
die politische Abweilung dieser Truppen zurückge-
werden. Daraus ergibt sich aber weiter, daß mit der
Öffentlichung bestimmte politische Ziele verfolg-
werden. Sie liegen auch offen zutage. Einmal soll
sich zeigen, daß ihre Interessen solidarisch seien
denen der Drahtzieher unserer jetzigen Politik, so daß
gegenüber Milde am Blase sei. Gleichzeitig aber will
bei ihren Vorkämpfern den Massen erwecken, als habe auch
deutsche Proletariat jetzt seinen Hauptfeind in dem
allgemein der Entente. Nur zu diesem Zweck sucht man
den Genossen Theodor Viechnacht in die Wärsen her-
anzuziehen, dessen Namen als so ziemlich einwiger in dem
genannt wird. Man will so den Eindruck erwecken,
siehe auch dieser hinter der im Brief geschilderten Tätigkeit
von Emonts, während er ihr in Wahrheit vollständig
steht. Diesem Manöver muß mit aller Entschiedenheit
gegengetreten und wider betont werden: Alle revolutionä-
ren Parteien Deutschlands wissen, daß der Befreiung
der Welt voranzutreiben muß die Befreiung Deutschlands
von dem Joch des Militarismus und der
unter den es noch immer fest, jetzt schwerer als je,
daß nicht nur das internationale Proletariat, sondern
ganze zivilisierte Welt gleichmäßig an der Befreiung
verrotteten Westes interessiert sind, der die herrschende
Massen Deutschlands befeht und die ganze politische
sittliche Atmosphäre, in der wir leben, vergiftet.

Zum Beschneiden der demokratischen Fraktion in der
Nationalversammlung wurde der Wg. Schiffer gewählt.
Berichtigung. Im gestrigen Leitartikel heißt es, daß
Staat gegenwärtig der größte Gläubiger sei. Es muß natürlich
mit dem Zusammenhang ersichtlich bleiben, der
Ehr. Wg.

Verlag
Abt.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am ...
Königsplatz Straße
Komödienhaus
Berliner Theater
Deutsches Theater
Kammerspiele
Theater des Westens
Die Geisha.
Lessing-Theater
Deutsches Künstler-Theat
Wintergarten
Varieté-Vorstellung

Residenz-Theater.
Das höhere Leben.
Trianon-Theater.
Der gute Ruf
Rose-Theater
National-Theater
Familie Mannemann
Elite-Sänger
Berliner Prater
12 Varieté-Attraktionen
Ball.

Kaufmännische Privatschule
Paul Kowalski
Berlin SO., Köpenicker Str. 143, am Süd Bahnh.
Anbildung in allen Handelsfächern...

Viedorf-Zuid
Kaufladung
Falkenhagen-West
Gartengrundstücke
Eigenheim-Gesellschaft

Die Mieteingangsdächer 4 (umfassend den Bezirk der 3., 4. und 5. Wohnung-Zustellung) und 10 (umfassend den Bezirk der 2. und 10. Wohnung-Zustellung) - bisher Zimmerstraße 60/61 - sind nach Potsdamer Str. Nr. 40 verlegt.

Platinabfälle: Zahn-
Kupfer.
Stahlbohrer.
Spiralbohrer.

Werkzeuge und Maschinen
Klavier
Spiralbohrer
Schnellbohrer
Spiralbohrer
Spiralbohrer
Spiralbohrer
Spiralbohrer

Adalbertstr. 3
Rechts-Ankündig.
Sofas
Ruhebetten
Stolzmann

Möbel
Wohnungs-Einrichtungen
Barthel
Möbel
Pich. Neanderstr. 16.

Todes-Anzeige
Margarete Guttman
Nach längerem Krankenlager starb am Mittwoch, den 9. Juli, nachmittags 3 Uhr.

Margarete Guttman
nach Vollendung des 33. Lebensjahres an einem Lungenleiden.
Die Verstorbene, das Vorbild einer tüchtigen, anständlichen Arbeiterin, orientierte sich im Kreise ihrer Kolleginnen und Kollegen in der schmerzhaften ungewöhnlichen Sympathie.

Balschmieders
Variété-Garten
Täglich 12 Variété-Nummern
Grosses Theater-Orchester

Spezial-Arzt
Heil-Anstalt Löser
Dir.: Löser senior.

Kleine Anzeigen
Verkäufe
Pianos
Handwagen

Möbel
Pumpen
Robert Selma

Dankagung
Stettin
Friedrich Adler
Der Vorstand.

Motorboot-Partie
nach Alt-Buchhorst durch die Löcknitz
Sonntag, den 13. Juli, 1,9 Uhr

Kaufgesuche
Kupfer
Messing
Quecksilber

Spiralbohrer
Schnellbohrer
Spiralbohrer
Spiralbohrer

Facharzt
Dr. Meynberg

Haut- und Harnarzt
Dr. med. Masché
Tiermarkt
Eine Botenfrau

Der Sozialist.
(Früher Sozialistische Auslandspolizei).
Unabhängige sozialdemokratische Wochenchrift.

Verkauf
Gardinenverkauf
Verkauf
Metalle
Platinankauf

Spiralbohrer
Schnellbohrer
Spiralbohrer
Spiralbohrer

Facharzt
Dr. Meynberg

Botenfrau
Berlin
Potsdam
Charlottenburg
Wilmersdorf
Tempelhof

Dr. med. Karl Reinhardt
Haut- und Harnarzt

Platinankauf
Platinankauf
Platinankauf

Spiralbohrer
Schnellbohrer
Spiralbohrer

Facharzt
Dr. Meynberg

Botenfrau
Berlin
Potsdam
Charlottenburg
Wilmersdorf
Tempelhof

Der Berliner Verkehrsstreit.

Die Verhandlungen zur Beilegung des Verkehrsstreiks haben Donnerstag nachmittag um 6 Uhr im Direktionsgebäude der Großen Berliner Straßenbahn am Potsdamer Platz begonnen. Die Unternehmer haben sich nach langem Zögern auf Drängen des Vollzugsrats zu Verhandlungen bereit erklärt, an denen die Vertreter der Unternehmer, ein Vertreter des Zentralvorstandes des Transportarbeiterverbandes, ein Vertreter des Metallarbeiterverbandes und vier Mitglieder der Streikleitung teilnahmen.

Der Vollzugsrat hat im Laufe der letzten Tage von den verschiedensten Großbetrieben die Mitteilung erhalten, daß die Arbeiterkraft aufs äußerste erdittert sei über das Verhalten der Arbeitgeber, und daß sie von dem Vollzugsrat veranlaßt, Maßnahmen zu treffen, um eine Sympathieklärung der Berliner Arbeiterschaft herbeizuführen. So wird am 11. d. von der Firma Stoll folgendes mitgeteilt:

Die Funktionäre der Firma Stoll-Mariensfelde, die 3000 Arbeiter vertreten, sprechen den Verkehrsarbeitern im Auftrag der gesamten Arbeiterkraft des Werkes volle Sympathie aus. Im Gegensatz zu den Anschlüssen des Bürgerrates versichern die Arbeiter den Verkehrsarbeitern ihre volle Unterstützung und versprechen ihnen auch dieselbe, wenn sie noch so weit von der Arbeit entfernt sein müssen und wochenlang zu Fuß ihre Arbeitsstätte aufsuchen müssen und selbst einen finanziellen Schaden dadurch erleiden sollten. Der Vollzugsrat der Großen Berliner Arbeiterkraft wird aufgefordert, eine Sammlung zur finanziellen Unterstützung der Verkehrsarbeiter zu veranstalten und sofort in die Wege zu leiten.

Ähnliche Erklärungen sind von den Werken in Ober-Hönowitz und anderen Großbetrieben Berlins eingegangen.

Die Lage scheint nunmehr, wie B. L. W. mitteilt, soweit geklärt zu sein, daß auf beiden Seiten der Wille besteht, direkt miteinander zu verhandeln. Gestern vormittag hatten die Streikleitung wie auch Baurat Otto von der Großen Berliner Verhandlungen mit dem Zentralvorstand des Transportarbeiterverbandes, Heine vormittag dürften die direkten Verhandlungen beginnen.

Wärendienste der antibolschewistischen Liga.

Dem reaktionären Berliner Bürgerrat hat sich jetzt die berüchtigte antibolschewistische Liga hinzugesellt, um ihrerseits die Berliner Weiblichkeit gegen die freilebenden Verkehrsangestellten mobil zu machen. Sie läßt auf den Straßen ein Flugblatt verbreiten, das in der wüsten Weise gegen den einseitigen Verkehrsstreit hetzt. Natürlich ist es bei dem Großkapital Verkehrsstreit heftig. Natürlich ist es bei dem Großkapital Verkehrsstreit heftig. Natürlich ist es bei dem Großkapital Verkehrsstreit heftig.

Dadurch, daß ausgerechnet die antibolschewistische Liga auf den Plan tritt und zu dem Verkehrsarbeiterstreik Stellung nimmt, hat sie ihren großkapitalistischen Auftraggebern nur einen Wärendienst geleistet. Die Tätigkeit dieser Gesellschaft ist denn doch zu anständig, als daß ein anständiger Mensch ihren Proklamierungen noch irgendwelchen Wert beimessen würde.

Auch eine Verächtigung.

Die Eisenbahndirektion ersucht und zu dem in Nr. 318 unter der Überschrift „Massenentlassungen bei der Eisenbahn“ abgedruckten Aufsatz um Aufnahme nachstehender Verächtigung:

Es ist nicht richtig, daß Massenentlassungen stattgefunden haben. Richtig ist, daß nicht allein in der Hauptwerkstätte Kempelhof, sondern auch an allen Stellen die Beamten, Hilfsbeamten und Arbeiter entlassen wurden, die der Anweisung des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten entgegen den Dienst bis spätestens Donnerstag, den 3. Juli, nicht wieder aufgenommen hatten. Hierbei handelt es sich um eine im Verhältnis zur Gesamtzahl nur sehr geringe Zahl von Bediensteten. Es wird jetzt geprüft, ob in dem einen oder anderen Falle die Betroffenen begründen können, daß sie tatsächlich behindert waren, die Anweisung nachzukommen. Danach wird über eine etwaige Wiederentlassung entschieden werden. Es ist richtig, daß der Arbeiter Hoffmann wegen Weisung des Herrn Ministers Oeser entlassen wurde. Es trifft nicht zu, daß Betriebsversammlungen von dem Herrn Präsidenten nicht genehmigt werden müssen. Wichtig dagegen ist, daß solche Versammlungen während der Arbeitszeit nur nach Zustimmung des Arbeitsrates unter Vorsitz des Vorsitzenden stattfinden. Die gleichen Maßnahmen haben die Privatwerke getroffen.

Die Verächtigung behauptet und ergänzt im großen ganzen unsere Behauptungen.

Der Prozeß gegen Mühsam und Genossen.

München, 11. Juli 1919.

Wenig nach Eröffnung der heutigen Sitzung nahm Staatsanwalt Appelman das Wort zur Vertretung der Anklage. Einleitend erklärt er, daß der Verzicht der Angeklagten mihlungen sei, nachzuweisen, daß Militärminister Schneppenbeck und andere Minister sich für die Räterepublik ausgesprochen hätten. Der Ministerparagraf besteht zu Recht; er könnte nur durch Reichsgesetz geändert werden. Es ist aber gut, daß wir diesen Paragrafen noch haben und anwenden können, wenn derartige verbrecherische Eingriffe in das Staatswesen gemacht werden. Der Angeklagte Erich Mühsam gibt seine Teilnahme an der Räterepublik zu, sucht aber durch allerhand Aniffe und Pfiffen leiten um die Strafe herumzukommen. Mühsam ist eine revolutionäre Natur der allerradikalsten Art.

Er ist jederzeit dabei, wo es gilt, einen Butsch zu machen. Er hat auch die Eigenschaft, daß er nie mit einer Revolution zufrieden ist, weil sie immer nie weit genug geht. Wichtig ist es, daß er sich von Dr. Wadler unterscheidet und immer konsequent in seiner Haltung gewesen ist. Die Annahme der Anklage, daß Mühsam für seine Tätigkeit im Zentralrat eine Bezahlung erhalten hat, hat sich als unrichtig erwiesen. Im Gegensatz zur Anklage nimmt der Staatsanwalt bei Mühsam nicht mehr Mithäterschaft, sondern nur Beihilfe zum Hochverrat an. In der Räterepublik hat er keine leitende Stellung eingenommen, das ist von ausschlaggebender Bedeutung. Er hat lediglich mit Rat und Tat und durch sein energisches Eingreifen den anderen Beihilfe geleistet. Ich beantrage daher, daß Mühsam zu sprechen der Beihilfe zum Hochverrat. Was die Beihilfe angeht, so sind milde Umstände bei

Mühsam vollkommen ausgeschlossen, da die Anklagen, die er hier entwickelt hat, diejenigen einer verbrecherischen Natur sind und nicht die eines Phantasten und sonderlichen Idealisten. Er ist der geborene Doppelagent. Er hat die Behauptung aufgestellt, daß die besten Elemente des deutschen Volkes im Justizhaus verkommen. Er hat das deutsche Volk besudelt mit dem Ausspruch: So weit die deutsche Junge Klingt, reicht die deutsche Charakterlosigkeit. Er bleibt die größte Gefahr für jedes staatliche Gemeinwesen, somit verdient er keine milde Umstände. Es ist vielmehr bei ihm ehrlöse Festsetzung festzustellen.

Mein Antrag geht dahin, den Angeklagten Erich Mühsam unter Verjagung mildernden Umstände wegen Beihilfe zum Hochverrat zu zehn Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren zu verurteilen.

Der zweite Hauptangeklagte Rechtsanwalt Dr. Wadler hat zwar die Räterepublik für verrückt gehalten, hatte aber erklärt, wenn sie proklamiert wird, mache er mit. Auch bei ihm ist nur Beihilfe anzunehmen. Was zur Revolution nahm er eine Haltung an, die ihn in den Ruf eines Alldenkens brachte. Dieser Mann tritt ausgerechnet in einem Zeitpunkt, wo es zur Revolution kommt, auf dem radikalfesten Flügel auf. Es ist nicht zusammenzureimen, wie er jetzt mit einmalem sein Sozialisierens und seine Fürsorge für das Proletariat entdeckt hat, während er bisher für Zwangsdeportationen eintrat. Während des Krieges hatte er die Interessen der Großindustrie wahrgenommen und jetzt kennt er nur die des Proletariats. Er war Beamter der Regierung Hoffmann und hat den Treueid gebrochen. Auch er hat für Entlassung des Panzerregiments gestimmt. Es kann daher keine Rede von mildernden Umständen sein. Auch bei ihm ist ehrlöse Gesinnung festzustellen.

Ich beantrage gegen ihn die gleiche Strafe wie gegen Mühsam von zehn Jahren Zuchthaus und Ehrverlust. Der Staatsanwalt beantragte weiterhin gegen die übrigen Angeklagten wegen Beihilfe zum Hochverrat unter Jubilation mildernden Umstände Strafen von 2 Jahren Gefängnis und 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. In einem Falle beantragte er Freisprechung, bei einem anderen Angeklagten wegen vorbereitender Handlungen zum Hochverrat 3 Monate Gefängnis.

Der Verteidiger des Angeklagten Mühsam, Rechtsanwalt Wadhof, wandte sich sehr scharf gegen die Auslassungen des Staatsanwalts über Mühsam und verlangte dessen Freisprechung. Nach einer längeren Pause mocht der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Anton Gähler längere rechtliche Ausführungen gegen dieses Verfahren. Er wandte sich besonders scharf gegen die bisherige Rechtsprechung des Landgerichts

und erhob erneuten Einspruch gegen die Zuständigkeit desselben. Der Angeklagte Mühsam habe mit keinem Einspruch bei Beginn der Verhandlungen Recht gehabt. Das Landrecht sei in Bayern ungesetzlich. Nach der Verordnung über die Festsetzung des Strafrechts in Bayern heiße es: Das Strafrecht werde über das rechtsrheinische Bayern verhängt, aber das der Kriegszustand noch besteht. Dieser Zusatz klinge wie eine Entschuldigung, denn während des Krieges ohne diesen Zusatz erlassen worden.

Der Belagerungszustand, der identisch sei mit dem Kriegszustand in Bayern, sei durch Verordnung der Volksbeauftragten vom 12. November für Deutschland aufgehoben. Die Aufhebung der Militärkassation war mit einer der Gründe für die Revolution. Er heiße die Revolution ins Groteske verzerrten, wenn man annehmen wolle, ein Mann wie Kurt Eisner habe den Kriegszustand, gegen den jeder sich ganz besonders gewandt habe, bestehen lassen wollen. Wenn die Revolution so grundlegende Gesetze wie die Verfassung aufheben kann, dann sei es widersprechend, daß sie vor einer Verordnung haltmachen müsse. Ferner müsse er auf dem Standpunkt bestehen, daß der Hochverratsparagraf nicht mehr in Geltung sei; obwohl er im Verbindungsprozeß mit diesem Einspruch keinen Erfolg gehabt, wiederhole er diesen Einspruch von neuem. Deshalb könne dieser Paragraf auf keinen Fall in diesem Strafprozeß angewandt werden.

Das Urteil wird voraussichtlich erst morgen mittag gefällt werden.

Preussische Landesversammlung.

Stürmische Eisenbahnerdebatte.

Die zweite Lesung eines Eisenbahnergesetzes führte gestern zu einer lebhaften Eisenbahnerdebatte.

Eisenbahnminister Oeser führte zur Vorlage aus, die gestiegenen Preise erfordern höhere Ausgaben für in Auftrag gegebene Arbeiten. Daher die Reformvorlagen von 113 Millionen. Es werde nicht die letzte sein. Eisenbahnbauten würden auf das äußerste eingeschränkt werden. Dann ging er auf die Maßnahmen ein, die zur Verbilligung der Eisenbahnen getroffen worden seien. Nachdem die Lebensmittelpreise gesenkt worden sind, würden die großen Heeres- und Marinebestände zu billigen Preisen abgegeben werden. 61 Millionen Meter Kleiderstoffe, Schuhe usw. seien vorhanden. Kinderreiche Familien würden bevorzugt werden. Er gebe zu, daß die Eisenbahner während des Krieges schlechter gestellt waren, als andere Berufsgruppen, und Lebensmittelpreise seien erst bewilligt worden, nachdem die Not aufs höchste gestiegen war. Um einen Ausgleich zu schaffen, sollen auch noch Senkung der Lebensmittelpreise der bedrückenden Wöhne und Anhalten der Gehaltsstände werden — soweit die finanzielle Lage es gestattet. Er, der Minister, stehe auf dem Boden der Demokratie. Jeder solle die Möglichkeit haben, die ganze Staatsleiter bis zu den höchsten Stellen zu durchlaufen. Er wünsche, daß demokratischer Geist das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen erfülle. Die Betriebsräte würden nach dem Reichsgesetz eingeführt werden, wie es die Eigenart des Eisenbahnbetriebs erfordere.

Der „Demokrat“ Riedel legte dar, für die Eisenbahner gäbe es kein Streikrecht. Die Eisenbahner seien zu politischen Zwecken mißbraucht worden. Dann wiederholte er die von uns bereits früher richtiggestellten hollischen Behauptungen gegen Genossen Paul Hoffmann.

Paul Hoffmann (U. S. V.) setzte sich zunächst kritisch mit der Vorlage auseinander. Er forderte sofortige Inangriffnahme unbedingt notwendiger Bauarbeiten, um die Arbeitslosigkeit zu mindern. Dann fragte er bei der Regierung an, weshalb sie erst jetzt, wo bei Aufhebung der Blockade Zustuf von Waren zu erwarten ist, die Heeresbestände freigebe und nicht als die Rat am höchsten war. Eine Antwort ist nicht erfolgt. Danach beschäftigte er sich mit dem Abg. Riedel, der sich schon früher, als die Richterberger Schauerwägen während der Märzunruhen eine Rolle spielten, den Schandnamen „Lügenriedel“ voll und ganz verdient hatte. Genosse Hoffmann wies nach, in welcher arbeitserbitternden Weise Lügenriedel gegen die Eisenbahner gehandelt, die Regierung zu dem brutalen Vorgehen scharf gemacht hat. Er wies diesem Manne nach, daß er Auslöser von Belästigungen gegen sich waren — im Untersuchungsaudienz in Abwesenheit Strafborn gemacht — als schreckliche Talsachen an die Presse gegeben hat. Weiter dachte er das erbärmliche Doppelspiel der sogenannten Eisenbahnervertreter auf. Im Ausschuss, hinter verschlossenen Türen, hielten diese Leute den Kollateralschaden und die Regierungshaltung aus. Vor der Öffentlichkeit mimten sie jedoch die unumwandelbaren Interessenvertreter der Eisenbahner. Besonders der rechtssozialistische Vertreter des Eisenbahners, der in der Verhandlung sich dabei unheimlich auszeichnete. Dieser ging sogar soweit, zu fordern, daß die Arbeitslosigkeit geschuldet werden müßten. Genosse Hoffmann forderte, man möge bei den

Kolle-Garden sparen, um die vom Minister zugegebene Kollage der Eisenbahner zu besänftigen. Er forderte weiter volle Durchführung des Wählbestimmungsrechts durch Anrechnung des Wahlrechts.

Der Rechtsfugler Schubert legte den hoffnungslosen Versuch, die schweren Anschuldigungen, die Genosse Hoffmann erhoben hatte, zu erschüttern, indem er die falschen Behauptungen Lügenriedels noch zu überdecken trachtete.

Zwischen Genossen Wöhe und dem Präsidenten kam es sonst zu einem bestigen Zusammenstoß. Wöhe bezeichnete die Behauptung Riedels ihm gegenüber, er habe als Richter in einer Eisenbahnerversammlung zum Schweigen gelehrt, mit dem einzigen richtigen Namen als Lüge und Verleumdung und zog sich hierbei nebenbei drei Ordnungsrufe zu. Es fehlte nur, Riedel — ausgerechnet Schmutz — hätte ihn mit Gewalt aus dem Saale entfernen lassen.

Riedel erklärte, der Name „Lügenriedel“ sei ihm ein Ehrenname. Demokratenweil!

Konservative Heuschickel.

Die Deutschnationale Volkspartei hatte in der Provinzial-Landtagsversammlung eine Anfrage an die Regierung gestellt über die Gewandstücke, nach denen bei der Einstellung und Entlassung von Staatsbeamten verfahren werde. Der Oberpräsident Dr. von Richter-Hannover machte in seiner Begründung der gegenwärtigen Regierung mit geschickter Weisheit deutlich hervorstechender Heuschickel den Vorwurf, parteipolitische Motive bei der Beamtenentlassung maßgebend sein zu lassen. (Unter konservativer Herrschaft kam dies natürlich nie vor.) Herr Heine, der Belagerungszustandsminister, sprach kompromittierend die deutlichen nationalen Vorzüge eines Heuschickel, eines Heuschickel, eines Heuschickel gebührend hervor und behauptete mit ebenso starker Sicherheit von Richter, kein Beamter werde seiner politischen Gesinnung wegen entlassen. Wir können die edlen, einander gleichwertigen Seelen den Kampf um die Gütertruppe getrost unter sich ausmachen lassen.

Eine andere förmliche Anfrage betraf die Entlassung von Privatbeamten wegen ihrer Tätigkeit im Gemeinwesen. Herr Heine antwortete, die Nachprüfung sozialbürgerlicher Pflichten sei kein Entlassungsgrund, aber es bestehe auch keine Möglichkeit, den Unternehmern zu fordern, aus irgendwelchen anderen Gründen das Berufsverhältnis zu lösen.

Schließlich mußte Herr Leinert zugestehen, daß er nicht geschäftsbetriebsgemäß gehandelt habe, als er dem Genossen Wöhe zu einer gewissen persönlichen Bemerkung das Wort nicht erteilte, weil er sich vorher dem Ordnungsrufe ausgesetzt hätte. Er behauptete den Vorfall.

Deutsche Nationalversammlung.

Freitag, den 11. Juli 1919, vorm. 10 Uhr.

Am Regierungstisch: Dohd, Dr. Meuß, Dr. Hell.

Präsident Heerenbach eröffnet die Sitzung 9 Uhr 30 Minuten.

Das Haus erledigt zunächst eine Reihe Anfragen. Abg. Dellus (Zem.) fordert im Hinblick auf die Wucherpreise für kirchlichen Verkäufungen, damit wenigstens die Hartoberteile der Bevölkerung zu angemessenen Preisen zugeführt werden kann.

Regierungsbekanntes Dr. Boverlein führt aus, daß die kirchlichen Preise zum Teil unter entsprechenden Maßnahmen der Bevölkerung eine Wendung erfahren hätten. Neben die Hartoberteile könne noch keine Entschädigung getroffen werden.

Auf eine Anfrage der Frau Abg. Wenke (D. Sp.) über die Gewandstücke im Regierungsbüro sagt ein Regierungsbekanntes Untersuchung zu. — Für durch die belgische Besetzung der Rheinlande verursachte Pfände, auf die sich eine Anfrage des Abg. Bergmann (Zem.) bezieht, sagt Regierungsbekanntes Freiherr von Weiszer als Mitglied der Untersuchung zu.

Abg. Dr. Meißner (D. Sp.) beantragt in einer Anfrage die geschäftliche Ausführung der Erinnerungsmedaillen für die Nationalversammlung. Er stellt fest, die weiß-rote Jubiläumsmedaillon zeigt einen roten Baum, der bei gutem Willen des Betrachters die Weisheit erkennen läßt, einen roten Eichbaum, also eine seltene Naturerscheinung, vorzufinden; die braun-blaue Jubiläumsmedaillon zeigt die ebenso merkwürdige Erscheinung blauer Hebräer oder irgendwelcher blauer Hebräer, während die grün-weiß-rote Jubiläumsmedaillon zeigt einen roten Baum an Stelle der Germania das Bild eines niederliegenden Jünglings aufweist, der ein einseitiges Kaffeehaus oder Brot enthaltendes Brett auf dem Haupte trägt, während sein linker Fuß von einem niederstürzenden Kaffeehaus oder einer Plauerelle bedroht wird. (Anzumerken: Kaffeehaus Kaffeehaus im ganzen Hause.)

Ein Vertreter des Reichspostministeriums tritt dazu mit, daß auf die an alle deutschen Künstler ergangene Einladung zu einem Wettbewerf über 4000 Entwürfe, aus München offen gegen 200. eingegangen seien. (Zahlreiche Zuschriften: Da muß auch etwas Bemerkenswertes dabei gewesen sein.) Das aus 15 Herren bestehende Preisgericht habe als Endverfänger neun Künstler aller Richtungen, Paul Ernst, Moritz Geier, Walter Crapuz, Julius Kompf, Edgar Klein, Emil Oeltz, Bruno Paul, Max Beckmann, Eduard im Cole aufgezählt. Als Kunstfachverständiger habe ihn der Direktor des staatlichen Kupferstichkabinetts Dr. Friedländer angeordnet. (Zuruf: Der muß abgesetzt werden. Große Heiterkeit.) Nicht den Markenschildigen Lindenburg und zwei Postbeamten seien noch die Abg. Reine, Kutsche und Dr. Weiszer Mitglieder des Preisgerichtes gewesen. (Anzumerken: Kaffeehaus Kaffeehaus.) Die beteiligten Künstler haben ausdrücklich verlangt, daß keinesfalls andere als die im Vorschlag genannten Marken aufgeführt würden. Die Marken bleiben solange im Besitze, bis neue Marken als Ersatz für die Germaniareihe herausgegeben werden können. Dafür soll ein neues Ausschreiben erfolgen. (Zuruf: Wer schnell, Große Heiterkeit.)

Darauf wird die

Beratung der Verfassung

fortgesetzt. Sie beginnt mit dem zweiten Hauptteil. (Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen.)

Präsident Heerenbach: Es wäre erwünscht, wenn wir heute wenigstens die beiden ersten Abschnitte dieses Teils (die „Eingruppen und das Gemeinwesen“) erledigen können. Dazu wird aber eine erhebliche Einschränkung der Redelust notwendig sein, und das wird, wie ich aus zahlreichen mir zugegangenen Zuschriften ersehe, auch drinnen im Lande empfunden. Es kommen im ersten Hauptteil Artikel vor, über die man tagelang debattieren könnte: Ich nenne nur die Frage der unehelichen Kinder und die Todesstrafe. Ich würde mich sehr freuen, wenn die Verfassung sich einheitlicher formte, ein größeres Gewicht auf die Tat der Abmahnung als auf die Länge und Schönheit der Reden zu legen. (Zuruf: Heil und Zustimmung.)

Artikel 107 besagt: „Die Grundrechte und Grundpflichten bilden die Basis und die Grundlage für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reich und in den Ländern.“ Abg. Dr. Heine (D. Sp.) legt die schweren Bedenken dar, die dem Staatsrat des Reiches aus der Verfassung gegen die

Aufnahme so umfangreicher Grundrechte gegen die Verfassung zu erheben seien.

Abg. Koch (Dem.): Die Ausführungen des Herrn Dr. Heine enthalten gewiß manches Richtige. Die Zeit, wo es notwendig war, Grundrechte zu schaffen, ist vorüber. In einem demokratischen Staat ist jederzeit Gelegenheit geboten, das, was hier nur flüchtig angedeutet werden kann, durch geordnete Mehrheitsbeschluß zum Gesetz zu erheben.

Abg. Dr. Feuer (Centr.): Der konstitutive Teil der Verfassung reicht nicht aus: In der Verfassung müssen auch Belohnungen niedergelegt werden.

Abg. Dr. Quark (Soz.): Der vorliegende Entwurf der Grundrechte macht einen uneindeutlichen Eindruck, er erscheint mir, vergehen Sie den harten Ausdruck, als salataähnliche Komposition.

Abg. Dr. Cohn (N. Soz.): Die hier gebotenen Grundrechte sind eigentlich die von 1848. Ein so schon gewordenes Gesetz mündet nicht. Wirkliche Grundrechte müßten mehr bieten als abstrakte Rechte oder doch in einer Form, die eine künftige Entwicklung bedeutet. Vor allem aber leiden die Vorschläge an einem Mangel an Wahrsamkeit und widersprechen sich unerbittlich. Man sprach von Kompromissen, die Weltanschauungen in den Grundrechten getroffen hätten. Es gibt keine Weltanschauung, die aus Kompromissen besteht. Man hätte uns weniger geben sollen; das Weniger müßte aber in Wahrsamkeit angewandt sein.

Abg. Kaufmann (Dem.) beantragt, die Verhandlung abzubrechen. Eine von der Mehrheit gegebene Anregung wurde von der Reichsregierung wohlwollend aufgenommen und die größte Partei hat sie beinahe in einen Antrag verandelt. Damit ist für die einzelnen Parteien eine neue Lage geschaffen, zu der sie Stellung nehmen müssen.

Das Haus beschließt demgemäß.
Schluß 12 Uhr 20 Minuten. Nächste Sitzung Sonnabend, 9 1/2 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Ablehnung des Tarifvertrages durch die Bankangestellten.

Die am gestrigen Freitagabend im katholischen Vereinssaale abgehaltenen Versammlungen der Angestellten der Commers- und Disconto-Bank beschloßen einstimmig, den Tarifvertrag abzulehnen und in allerfrühester Zeit der Direktion neue Forderungen vorzulegen. Sie dürften sich auf eine Wirtschaftsbefähigung beziehen. Auf Grund der vorliegenden Mitteilungen haben nunmehr die Angestellten der Preussener Bank, der Disconto-Gesellschaft, der Commers- und Disconto-Bank, der Darmstädter Bank und der Mitteldeutschen Kreditbank den Tarifvertrag für das Bankgewerbe abgelehnt. Auch die Ortsvereine haben sich für die Ablehnung des Vertrages ausgesprochen, ebenso die Vereinigung der oberen Bankangestellten.

Achtung! Buchbinder-Verbandsstag!

Der verfloßene Gewerkschaftskongress und die bisher stattgefundenen Verhandlungen zeigen den unabweislichen Einfluß der Gewerkschaftsbureauführung. Die Mitwirkenden der Kriegspolitik der Generalcommission entschliefen sich auf diesem Kongress zum Teil selbst. Die Arbeiterkassen in ihrer übergrößen Mehrheit sieht im Gegensatz zu den Gewerkschaftsführern, die es verstanden, sich noch immer als berufene Vertreter der Organisation in der Öffentlichkeit darzustellen. Es gilt, diesen Täuschungsmanövern der Gewerkschaftsbureauführung eine planmäßige und aufklärende Organisationsarbeit der Arbeiter selber entgegenzusetzen.

Dem Verbandsstag des deutschen Buchbinder-Verbandes, der am 22. Juli und folgende Tage in Würzburg stattfindet, darf die Opposition des Verbandes nicht unberücksichtigt bleiben. Es werden alle Delegierte und Mitglieder, die auf dem Boden der Opposition bezug des revolutionären Märktensystem haben, ermahnt, sich umgehend mit dem Kollegen Paul Kothke, Berlin S.O. 16, Reichsstr. 14, in Verbindung zu setzen. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Die Tarifbewegung der Musiker.

In der Versammlung der Vertrauensleute der Ensemblemusikerfession der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Musiker-Verbandes erhaltete der Verband Bericht über den Verlauf der bisherigen Verhandlungen mit dem Verein Berliner Kaffeehausbesitzer über den Abschluß eines Tarifvertrages. Schon seit Anfang März d. J. ziehen sich diese Verhandlungen hin, ohne daß es zu einem greifbaren Ergebnis mit den Unternehmern gekommen wäre. Anfangs waren es nur die sozialen Forderungen, die die Unternehmer als unannehmbar bezeichneten. Es wurde gefordert: Jede Woche ein freier Tag, Weiterzahlung der Gage in Krankheitsfällen für eine längere Zeit und Anerkennung des Lokalinhabers als den Arbeitgeber für die Musiker. Dieser erhofften die Ensemblebesitzer von dem Lokalinhaber ein Pauschal, von der sie die Musiker bezahlen und auf diese Weise sich einen unverhältnismäßig hohen Gewinn auf Kosten der Musiker verschaffen. Mit dieser Auffassung der Musiker soll nun endlich ausgeräumt werden. Jetzt stellen sich einer gütlichen Vereinbarung große Schwierigkeiten entgegen. Die Bezahlung der Kaffeehausmusiker wies höher, trotz der Hochkonjunktur im Kaffeehausbetriebe, sehr bescheiden. Gibt es doch heute noch große und mittlere Kaffees, in denen die Musiker bei einer sechsstündigen Dienzeit 13-18 M. pro Tag erhalten. Die Unkosten für Unterhalt der Instrumente sind aber um 600 Prozent und darüber gestiegen, abgesehen von den seit unerschwinglichen Preisen für die Garderobe usw. Große Enttäuschung rief die Tatsache hervor, daß der Kaffeehausbesitzer, Kapellmeister und Agent Gottschalk, den Musikern im Kaffeehaus 2 M. täglich weniger ausbezahlt, als er von dem Lokalinhaber für die Musiker ausbezahlt erhielt. Was sagt der Lokalinhaber dazu, und wird den Musikern der ihnen vorenthalte Betrag nun nachträglich ausbezahlt? Die Musiker müssen aus solchen Vorurteilen, die nicht etwa vereinigt sind, bei ihrer Forderung verharren: nur von ihren tatsächlichen Arbeitgebern, den Lokalinhabern, engagiert zu werden.

Die Organisation der Musiker hat an den Verein der Kaffeehausbesitzer ein bis zum 15. Juli et. befristetes Ultimatum gestellt. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen die gestellten Forderungen erfüllt sein. Ist dies nicht der Fall, so behalten sich die Musiker weitere Schritte vor. Es wird bei einer vierstündigen Dienzeit ein Mindesteinkommen von 540 M. monatlich gefordert und für jede weitere Arbeitsstunde 4 M. mehr. Die Musikerfession rechnet bei ihrem bevorstehenden Kampf auf die volle Sympathie und Unterstützung der gesamten Bevölkerung.

Streik der Leipziger Isolierer.

Die Leipziger Isolierer sind am Montag, den 7. Juli, in den Streik getreten, da die Unternehmer einen Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, der den Arbeitnehmern einen Stundenlohn von 2,20 M. zusprach, nicht anerkennen und nur einen Stundenlohn von 2 M. bezahlen wollen. Bestreift sind die Firmen: F. W. Arauhe, Grünauweg u. Hartmann, Rheinhold u. Co., Kleinke, R. Stumpf, Schulze u. Jenisch.

Die aufgeregte Arbeiterkassen wird gebeten, die Streikenden in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen und alle zünftigen Mitteilungen zu richten an den Bauarbeiterverband, Volkshaus, oder den Leiter der Isolierer-Sektion, Robert Brinke, Leipziger-Platz, Jahnstraße 65, I. rechts.
Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Angestellten der gesamten Lederbranche befinden sich in einer Lohnbewegung. In Verhandlungen, die als Organisationsvereiter der Zentralverband der Handlungsgeschäften mit den Unternehmern führte, kam es zu folgenden Lohnfestsetzungen pro Monat: für Lehrlinge im 1. Jahre 80 M., im 2. Jahre 80 M., im 3. Jahre 100 M., für Gehilfen im 18. Lebensjahre 200 M., im 19. 225 M., im 20. 250 M., nach vollendetem 20. Lebensjahre 275 M., steigend vom 21. bis 26. Lebensjahre auf 305, 315, 335, 360, 385, 410 M. Für qualifizierte Arbeitskräfte soll ein allgemeiner Aufschlag von 25 Proz. erfolgen. Für weibliche Arbeitskräfte sollen 7 Proz. der vorgeschlagenen Monatslöhne gezahlt werden, anders diese letzte Bestimmung wurde von den Angestelltenvertretern scharf bekämpft. Da die Unternehmer in diesem Punkt nicht nachgaben, wurden die Verhandlungen ausgelegt, da die Unternehmer erst in einer Mitgliederversammlung erneut darüber beraten wollen. Sämtliche angeführte Sätze gelten nur für den Handel, für die Industrie sollen in späteren Verhandlungen Aufschläge geschaffen werden. In einer Versammlung der Angestellten, die am Donnerstagabend in den Ruffler-Hallen in der Kaiser-Wilhelmstraße stattfand, berichtete Fräulein Licht vom Zentralverband der Handlungsgeschäften über die Verhandlungen, die mit dem bereits oben bezeichneten Resultat endigten. In der Diskussion wurde allgemein die gleiche Bezahlung für weibliche Arbeitskräfte gefordert, aber auch die Schwierigkeiten einer solchen Regelung hervorgehoben. In der Abstimmung wurden die Sätze fast einstimmig angenommen, ebenso wurde beschlossen, daß für die weiblichen Arbeitskräfte 65 Proz. gezahlt werden.

Die freitenden Schmiede lehnten in einer am Freitag tagenden Versammlung die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse als völlig unzureichend ab. Gegen die Behandlungsweise der Verhandlungskommission durch den Herrn von Borstig wurde scharfer Protest eingelegt. Die Versammelten gelobten einstimmig, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis ihre unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Lebensverhältnisse und der intensiven Arbeit bestehenden Forderungen erfüllt sind.

Hürtsche Gehälter. Die bürgerliche Presse kann sich bekanntlich nicht genug entziehen über wahnsinnige Forderungen der Angestellten. Als Illustration dazu möchten wir mitteilen, daß gegenwärtig bei der Firma Lichtenhein u. Co. in ihrem Hauptquartier und ihren sieben Berliner Verkaufsstellen drei Kontoristinnen 80 bis 110 M., eine Expedientin 150, eine 180, drei 90 und 110 M. und zwei 140 M., eine Zuschneiderin 180 M., acht Verkäuferinnen 100 bis 180 M. und sieben Lehrlinginnen 40 bis 50 M. Monatsgehalt erhalten.

Selbst wenn man voraussetzt, daß die Regierung die lattenpflichtigen Lebensmittel pro Kopf und Woche um 6 M. ermäßigt hat, gibt es wohl kaum eine parlamentarische Bezeichnung für diese Art der Entlohnung.

Groß-Berlin.

Ein Tuch-Arbeiterat.

Der A. und S.-Rat von Charlottenburg veröffentlicht in Nr. 183 der „Charlottenburger Neue Zeit“ vom 8. Juli folgende Aufforderung zur Bekämpfung der kommunalen A-Mäße.

Beschlagnahmen Unbegütert. Der Charlottenburger A. und S.-Rat schreibt uns: In den letzten Tagen sind in zwei Fällen angeblich von Mitgliedern des A. und S.-Rats, unter Vorgang einer Legitimation, Hausdurchsuchungen vorgenommen und Waren pp. beschlagnahmt worden. Wir machen hiermit bekannt, daß von uns niemand ermächtigt worden ist, Hausdurchsuchungen vorzunehmen, und wir bitten daher, im Wiederholungsfall diejenigen Personen, selbst wenn sie sich als Mitglieder des A. und S.-Rats legitimieren sollten, sofort verhaften zu lassen.

Obgleich die Vollversammlung der A. und S.-Mäße eine paritätische Zusammenkunft der kommunalen Arbeiterkreise beschlossen und der Vollzug der dahingehende Verfügungen erlassen hat, verstanden es die Rechtssozialisten, mit Hilfe des reaktionären Magistrats, die neuwählten A-Mäße in Charlottenburg zu sabotieren und ihre Leute, Brettschneider und Verwalter, im Amt zu erhalten. Zu welchem Zweck, ersieht man aus dem Schreiben an die Charlottenburger „Neue Zeit“. Um ganze Arbeit zu machen, soll einfach jeder Arbeiterat verhaftet werden, der es wagt, in richtiger Pflichterfüllung gegen die Schleißhändler vorzugehen. Die arbeitende Bevölkerung wird aus solcher Tätigkeit der rechtssozialistischen A-Mäße ihre Schlüsse ziehen.

Der Berliner Magistrat als Schleißhändler?

Zu unserer Notiz im gestrigen Morgenblatt teilt uns der Berliner Magistrat mit, daß unter den Angestellten der Allianz Versicherungs-Gesellschaft tatsächlich ein Schreiben zirkulierte, nach dem der Magistrat Berlin der Allianz Weizen und Kartoffelmehl zu überaus hohen Preisen angeboten habe. Wenn aber in diesem Mundschreiben von einem Angebot des Berliner Magistrats gesprochen wird, so handelt es sich um eine wahrheitswidrige Angabe unverantwortlicher Art, denn das Angebot ist nach eigener Mitteilung der Allianz nicht von dem Berliner Magistrat, sondern von einem Unbekannten ergangen, der dabei angeblich behauptet hat, er habe das Mehl vom Berliner Magistrat gemietet erhalten. Uebrigens hat der Unbekannte dieses Mehl tatsächlich der Allianz noch nicht geliefert. Von Magistratsseite ist selbstverständlich keinerlei Angebot und Zusage erfolgt. — Wir hatten bekanntlich Zweifel geäußert, daß der Berliner Magistrat mit diesem Schiebergeschäft etwas zu tun habe. Die Veröffentlichung war sowohl im Interesse des Berliner Magistrats, dessen Name hier für ein schmutziges Geschäft mißbraucht wurde, als auch zur Feststellung der Herkunft der Ware notwendig.

Nach den Mitteilungen, die uns die Allianz, die Versicherungsgesellschaft, macht, handelte es sich in der Tat um einen Schleißhändler, der das Mehl vom Magistrat übernommen haben wollte. Im guten Glauben hat die Allianz das Fiktive des bekannten Inhaltes erlassen, auf das auch Bestellungen auf kleine Mengen eingingen. Sie kamen indes nicht zur Ausführung, weil der Verkäufer nicht mehr von sich hören ließ.

Lazarettinsassen! Der Kongress, der am 12. Juli in Hamburg stattfinden sollte, ist bekanntlich verboten worden. Er findet nunmehr am Montag, den 14. d. M., in Frankfurt a. M. (Restaurant Groß, Frankfurt) statt. Eröffnung 8 Uhr vormittags. Kommerzien, sendet Delegierte sofort nach Frankfurt zum Kongress. Alle Lazarett-Deutschlands müssen vertreten sein. Meldungen bei der Bahnhofskommandantur.

Sonderzulagen von Speisefett. Die halbamtlich mitgeteilt wird, soll zur Behebung des dringendsten Mangelzustandes im Laufe des Juli eine einmalige Sonderzulage von ausländischem Speisefett in Höhe von 200 Gramm ausgegeben werden.

Gefährliche Unfälle. In der Verkehrswelt der letzten Zeit hat sich in Stadt- und Vorortverkehr die Unfälle eingeführt, daß fahrgäste Zuglokomotiven beiseigen, um mitzukommen. Hierdurch werden die Lokomotivführer in der Ausführung ihres Dienstes, besonders in der Beobachtung der Signale des Betriebes, behindert und die Sicherheit der Reisenden wird gefährdet. Die Eisenbahnverwaltung erwartet von den Reisenden, daß sie den dieser Unfälle ablassen, andernfalls sie in Aussicht nehmen, den Stadt- und Vorortverkehr wieder einzustellen.

Das Verbrechen in der Reichsberger Straße. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei zur Aufklärung der schmerzhaften Mordtat haben zur Verhaftung eines Mannes geführt. Bestimmene Umstände sprechen dafür, daß er der Täter sein kann. Die Kriminalpolizei ist augenblicklich damit beschäftigt, den Beweis, den der Verhaftete für die Zeit des Verbrechens aufstellt hat, nachzuprüfen.

Verhaftet wird der Eisenbahner Eugen Hellens, Matthauserstr. 17 wohnhaft. Er ist seit Montag verhaftet, als er zu einer Eisenbahnversammlung in den Germania-Saal ging, nicht mehr nach Hause zurückgekehrt. Die Frau ist in großer Sorge um ihn, um so mehr als der Mann selbst sehr oberflächlich ist und nie ohne Grund später nach Hause kam. Die Frau hat sich schon überall nach ihm erkundigt, auch beim Polizeipräsidenten konnte sie über ihn nichts erfahren. Sie fürchtet, daß er verhaftet ist und irgendwo festgehalten wird. Sämtliche Mitteilungen werden von Frau Hellens erbeten.

Verloren. Ein Buch mit Beitragsmarken des Hochstufensverbandes wurde am Donnerstag in einem Vollringzuge auf der Straße Schönhauser Allee-Straßen-Kummelsburg liegen gelassen. Der Finder wird gebeten, es an Genossen Fritz Meißner, Herbergraben 29, einzuliefern.

4. Kreis. In der letzten Viertelversammlung in der Königsberger Str. ein Portemonnaie mit 3 Patentstücken und 65 Pf. verloren gegangen. Abzugeben im Bureau Königsberger Straße 27.

Lebensmittelfahnder.

Berlin. Käseverteilung: Bis Dienstag in den Bezirken 140, bis 145, 149, 150, 155, 156, 154, 157, 221, 222, 223, 224. Brotkommission und bis Mittwoch in den Bezirken 147, 148, 151, bis 154, 157, bis 164, 173, 183, 185, 186, 187, 189, 193, 199, 203, 215, 226, und 227. Brotkommission 125 Gramm Käse.

Spandau. Von heute ab bis Mittwoch 250 Gramm Hasefleisch auf Feld 273 der Lebensmittelkarte, 250 Gramm auf Feld 67 der Lebensmittelkarte für Jugendliche. Vom Montag bis Donnerstag um Abchnitt 273 der Lebensmittelkarte 750 Gramm Gruppen. Im hiesigen Schuppen gegenüber dem Rathaus am heutigen Abend frisch eingetroffene Kalbfleisch zum Preise von 40 Pf. pro Pfund direkt an Verbraucher.

Pankow. An Stelle von inländischem, frischem Fleisch ausländisches Rind- und Hammelfleisch zum Preise von 4,76 M. für ein Pfund. Als Ersatz Hühnerfleisch und Reis.

Uhlenberg. Bis 12. Juli auf Karte Rind- und Hammelfleisch, Pfund 4,76 Mark, oder als Ersatz Nährmittel in doppelter Menge. In gleichen Tagen an Arbeitslose und Armenvereine auf Karte und Karte vom Arbeitslosentrat oder Rät. Armenvereine Speck und Büchsenfleisch in den hies. Verkaufsstellen.

Wittenau. Ab Freitag 250 Gramm Rührofen (50), 200 Gramm Hasefleisch (40), 500 Gramm Rührofen (42), 100 Gramm Brot 100 Gramm Hühner (34 u. 35).

Hennigsdorf. Sonnabend 450 Gramm Gruppen (14 A), Montag und Dienstag 12 Pfund Kartoffeln (30). Ferner sind noch andere Lebensmittel an Winderbeimittel abzugeben. Bezugsscheine Sonnabend in der Lebensmittelabteilung.

Witten. 1/2 Pfund Butter (4), Rindfleisch die Hälfte. — Verkauf im Ferkel vormittags von 8-12 Uhr in der Junkerschen Fabrik, Wittenstraße, zum Preise von 9 M. per Pfund.

Aus den Organisationen.

Zweiter Wahlkreis. Der Bescheid für den Westen fällt im nächsten Auszug Sonntag, den 13. Juli, nach Restaurant Volkshaus, Schlichtendamm, Treffpunkt 1 1/2 Uhr, Bahnhof Großdanzowstraße. Offentliche Zusammenkunft am Dienstag, den 15. Juli, abends 7 Uhr, Schulstraße Wittenmoorstraße 34. „Erklärung in der Haus.“ Referent: Genosse Löwenstein.

Dritter Kreis. Dienstag abends 7 Uhr in der Schulstraße, Wittenmoorstraße 34, Versammlung der 4. und 5. Abteilung. Gegenstand des Genossen Eugen Grün über den Jugendamt.

Niederbarnim. Das Kreisbureau bleibt heute, Sonnabend, geschlossen.

U. S. V. D. Niederbarnim, Wahlbezirk 4, Potsdam, umfassen Niederbarnim, Oberbarnim, Ohlawa, Westhavel, Westhavelland, Zehlendorf, Zehlendorf, Buchenow, Westpreignitz, Ostpreignitz, Westpreignitz, Tempin und Ruppin. Sonntag, den 27. Juli, abends 7 Uhr, im Hotel Alexanderplatz, eine Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über das Organisationsstatut; 2. Beschlußfassung über die Ausführungsbestimmungen; 3. Wahl der Organisationsleitung; 4. Beschlußfassung der Delegierten zur Generalversammlung werden in den Ortsgruppen gewählt. Die Ortsgruppe bis zu 250 Mitgliedern stellt einen Delegierten, bis zu 500 drei, für jede weitere angefangenen 500 Mitglieder ein Delegierten mehr. Die Mandate werden in den Ortsgruppen selbst ausgeteilt. Ohne Mandat kein Zutritt. Die Organisationsleitung, Wittenmoorstraße, Wittenmoorstraße, abends 8 Uhr bei Pöper, Bergstraße, Wittenmoorstraße. Das Erscheinen der Delegierten und Reorganisationskommissionenmitglieder ist erforderlich zwecks Stellungnahme zu den Abänderungsvorschlägen.

Wegh. Teget. Sonnabend abends 8 Uhr bei Christensen, Wittenmoorstraße. — Montag abends 8 Uhr Engere Vorstandssitzung bei Christensen.

Teget. Freie Jugend. Sonnabend, 1/2 1/2 Uhr, Versammlung Schloßstr. 50, bei Kunkel.

Bereinsleiter.

Kriegsbeschädigten-Vertrauensleute, Siemenskonzern, Potsdam, 14. Juli, 4 1/2 Uhr, Volkshaus, Charlottenburg, Köpenickerstraße, 10, hierher: Wichtige Besprechung.

Arbeiterkreise der Kriegsorganisationsfession, Dienstag vormittags 9 1/2 Uhr im Volkshausgebäude, In den Zelten 23, Gool 5, Sitzung.

Transportarbeiter-Verband. Die für den 14. Juli im „Wagnerbrunnen“ einberufene Versammlung des Papier- und Buchhandelsbetriebs wegen des Verkehrsstillstands nicht statt.

Am. Nord-Spandau. Sämtliche Funktionäre Sonnabend 12 Uhr, Schreiber, Alte Schönhauser Str. 23/24.

Am. Süd, Generalk. Zbl. Kolonne Reginald, Sonnabend abends 7 Uhr bei Weidling, Kanenstr. 6 (Wohnhof Weidling). Generalk. Am. Süd-Spandau, Sonnabend vormittags 11 Uhr Vertrauensleute bei Mediciner, Kanenstr. 6 (Weidling).

Internat. Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Die Ortsgruppe Wilmersdorf veranstaltet Sonnabend, früh 8 Uhr, eine Dampferpartie nach Kranzburger. Abfahrt von der Reichsstraße, Dampfer „Niederwall“. Fahrpreis 2,50 M., Rückfahrt 2,50 M. Die Kameraden werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Int. Bund der Kriegsbeschädigten u. Hinterbliebenen, Charlottenburg. Die Mitglieder werden ersucht, die Lebensmittelkarten für Zusatznahrungsmittel von der Geschäftsstelle, Wittenmoorstraße 34, in der Zeit von 8-12 und 2-6 Uhr abzuholen. Sonnabend sind noch Karten erhältlich zum Konzert im Theater Opernhaus. Ausgabe ebenortselbst.

Genossenschaft sozialistischer Künstler. Sitzung am 12. Juli, vormittags 1/2 Uhr, im Ausstellungsraum der Bauergewerkschaft, Jahnstraße 141.

Schwimm-Verein „Welle“. 15. Juli, abends 7 Uhr, Außerordentliche Generalversammlung im Vereinslokal, Mühlentstr. 63.

Charlottenburg, Zentralstelle für Einigung der Sozialistischen Partei am 12. Juli, abends 7 Uhr, bei Gieseler, Wittenmoorstraße 34. Aufnahme neuer Mitglieder.

Kartellverband Groß-Berlin. Am Sonntag, den 13. Juli, trifft sich der Geschäftsführende Ausschuss morgens 8 Uhr im hiesigen Schuppen zwecks Stablenbesichtigung. Nachdem Besprechung.

Freier Wanderbund. 1. Roddour. Abfahrt 6 Uhr 35 von Stettiner Bahnhof: Biesenthal-Buchowsee. — 2. Roddour. Abfahrt 6 Uhr 50 Min., Stettiner Bahnhof: Welschow-Ronnenfließ.

Veranimator für die Reaktionen Emil Rabold, Berlin. Verlegenheitsgesellschaft „Freiheit“, s. G. m. b. H., Berlin. — Druck: Rindendruckerei und Verlagsanstalt m. b. H., Schiffbauerdamm.